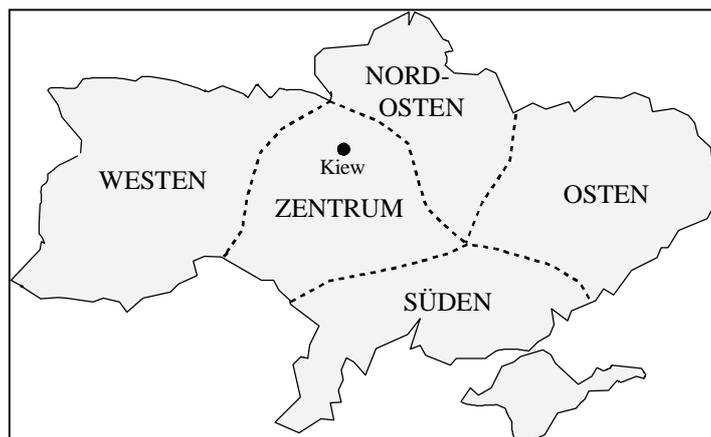


**Exkurs: Zur Lage von Demokratie
und Marktwirtschaft in der Ukraine**



Arbeitspapiere zur Transformationsforschung der
Forschungsstelle für empirische Sozialökonomik e.V.
Nr. 8a

Köln, September 2000

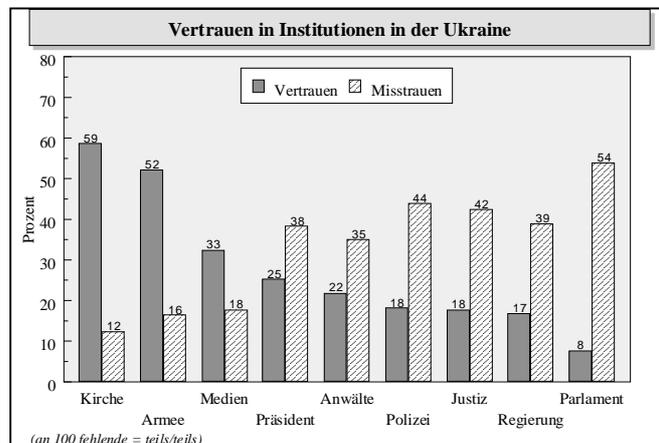
Mit erheblicher Verzögerung hat sich nun auch die Ukraine auf den reformpolitischen Weg begeben. Erste Wachstumssignale der Wirtschaft sind erkennbar; einen anhaltenden konjunkturellen Aufschwung können aber nur die längst überfälligen Reformen sichern. Das Vertrauen der Bevölkerung in Politik und Wirtschaft ist noch gering, weiterhin sind Geduld und langer Atem vonnöten. Dabei zeigt man sich im Westen der Ukraine deutlich zuversichtlicher als im Osten des Landes.

Das *Transformationsbarometer Osteuropa (TBO)* der *Forschungsstelle für empirische Sozialökonomik e.V., Köln*, untersucht jährlich, wie sich die Transformationsprozesse in fünf mittelosteuropäischen Staaten, an objektiven und subjektiven Indikatoren gemessen, entwickeln; die Analysen umfassen seit 1997 Polen, Tschechien, Ungarn und Russland und seit diesem Jahr auch die Ukraine.

Die Akzeptanz von Demokratie und Marktwirtschaft ist in der ukrainischen Bevölkerung derzeit eher gering. Gründe dafür gibt es viele: auch wenn die anfängliche Konzentration auf die Konsolidierung der nationalen Souveränität nachvollziehbar ist, so vernachlässigte die Politik damit allzu sehr die politischen und wirtschaftlichen Reformen. Ständige Machtkämpfe zwischen Präsident und Parlament, der immer noch zu große Einfluss der alten Nomenklatura, weitverbreitete Korruption, die Unterstützung der Oligarchen durch die Insiderprivatisierung, dazu eine katastrophale wirtschaftliche Entwicklung mit Hyperinflation, steigender Arbeitslosigkeit und wachsender Armut können seitens der Bevölkerung kein gutes Urteil über die neuen Verhältnisse erwarten lassen.

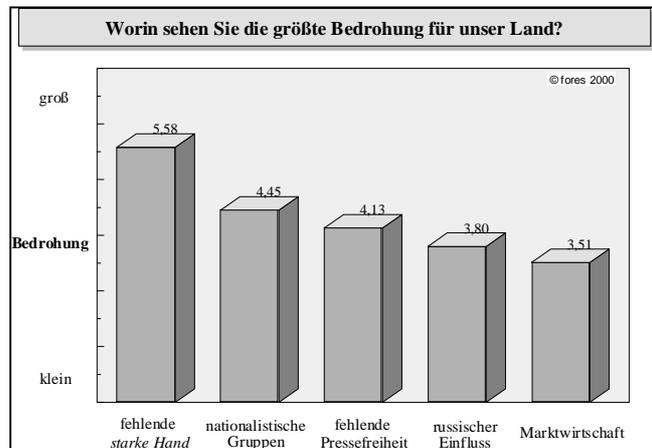
Schlechtes Image der Demokratie

Die Auseinandersetzungen zwischen den neuen politischen Institutionen, insbesondere zwischen Präsident und Parlament, begannen bereits Anfang der 90er Jahre und gipfelten in diesem Jahr in der Spaltung des Parlamentes und der Ernennung eines zweiten Parlamentspräsidenten. Mit dieser Spiegelfechtereie bringen die Politiker lediglich den ganzen Reformprozess, vor allem aber die neuen politischen Institutionen in Misskredit: Gut jeder zweite Befragte aus der ukrainischen Bevölkerung denkt mittlerweile, das Parlament habe überhaupt kein Vertrauen verdient; nur jeder Vierte traut noch dem Präsidenten und lediglich jeder Sechste der Regierung.



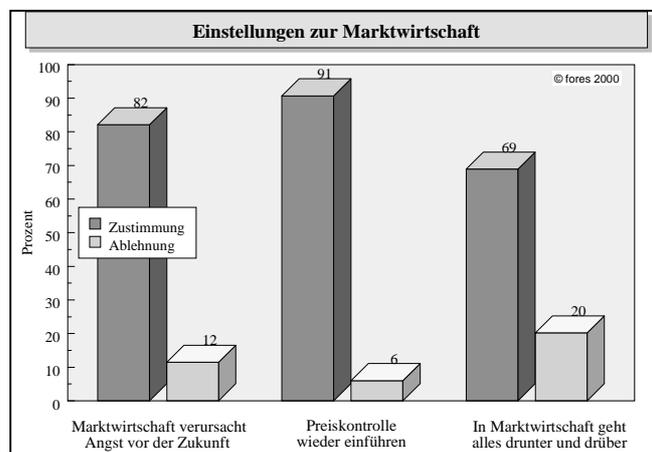
Das Misstrauen wird auch genährt aus der Tatsache, dass zu viele Angehörige der alten Nomenklatura noch immer an den Schaltstellen der Macht sitzen, und viele Parlamentsabgeordnete offenkundig mehr an der Verteilung von Aufsichtsratsposten als an politischer Arbeit interessiert sind. Die bisherige undurchsichtige Privatisierungspraxis, vor allem im Stil der Insider-Privatisierung, hat viele ehemalige Manager mittlerweile zu Eigentümern gemacht; alte und neue Elite sind damit weitgehend kongruent. Korruption ist in der Ukraine seit langem weitverbreitet; nach einer aktuellen Studie von *Transparency International* hat sich die Lage in jüngster Zeit noch verschlimmert: von 90 untersuchten Ländern nimmt die Ukraine den drittschlechtesten Rang ein. Statt Vertrauen in demokratische Institutionen zu bilden, för-

dert dieses Erscheinungsbild eine allgemeine Abwendung von der Politik: lediglich jeder Vierte findet es wichtig, sich politisch zu engagieren. Die jüngsten Erfahrungen verleiten eine Mehrheit von 64% innerhalb der Bevölkerung zu der Vermutung, die Demokratie führe in ihrem Lande nur zu Chaos und Anarchie. Die größte Bedrohung für ihr Land stellen nach Meinung der Mehrheit dementsprechend auch nicht ein starker russischer Einfluss oder nationalistische Bestrebungen einzelner Gruppen dar, sondern die fehlende ‚starke Hand‘, die für Ordnung sorgen müsste. Zudem sind 80% der Bevölkerung davon überzeugt, dass heutzutage eine starke Führung wichtiger ist als demokratische Verhältnisse. In diese Sehnsucht nach einer staatlichen Ordnungsmacht passt das nach wie vor tiefe Vertrauen der Bevölkerung in die Armee, doch auch die Kirche steht bei vielen hoch im Kurs.



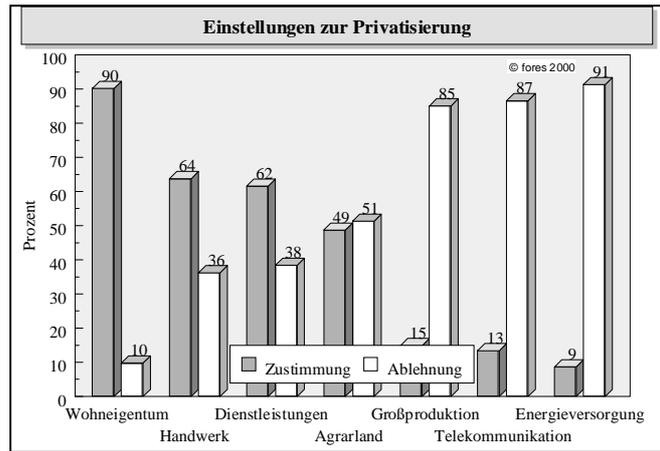
Kritische Einstellungen zur Marktwirtschaft

Auf weite Teile der ukrainischen Bevölkerung wirken die neuen marktwirtschaftlichen Bedingungen derart kompliziert und verunsichernd, dass sie ihnen Angst vor der Zukunft bereiten; diese Ängste sind in der Ukraine stärker als in Russland oder den Visegrádstaaten verbreitet. Die desolante Wirtschaftslage hat viele in die Armut abgedrängt. Laut offizieller Statistik beträgt das Durchschnittseinkommen lediglich 38 US-\$ pro Monat; mit schattenwirtschaftlichem Zusatzverdienst lässt es sich etwa auf das Doppelte steigern. Extreme Preissteigerungen der letzten Jahre haben sogar eine starke Mehrheit für die Forderung nach Wiedereinführung der staatlichen Preiskontrolle eingenommen. Nahezu 80% der Bevölkerung denken, nur die alte Nomenklatura profitiere von der Marktwirtschaft. Dennoch kann man nicht von einer generellen Ablehnung der Marktwirtschaft reden; so spricht sich z.B. eine deutliche Mehrheit (75%) für eine leistungsorientierte Einkommensdifferenzierung aus. Die Ablehnung richtet sich vielmehr gegen die aktuelle ‚ukrainische Version‘ der Marktwirtschaft, gegen krasse Einkommensunterschiede zwischen einer sehr reichen Minderheit und einer großen und zunehmenden Zahl von Verarmten, aber auch gegen zügellose Bereicherung der alten Elite auf Kosten des Landes.



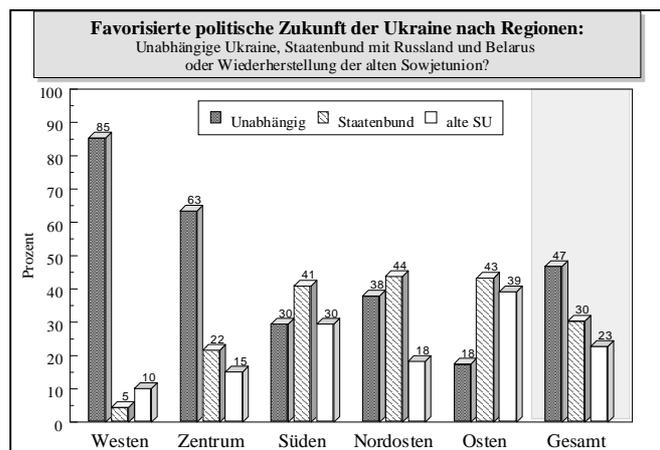
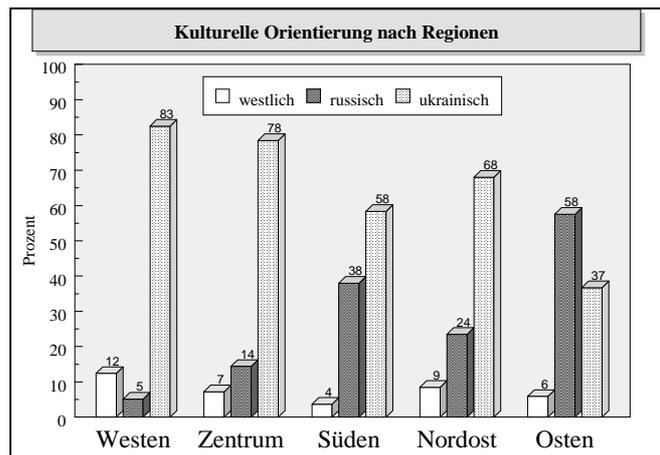
Wie auch in den übrigen Reformstaaten herrschen in der Ukraine differenzierte Einstellungen zur Privatisierung: eine große Mehrheit plädiert für die Möglichkeit des freien Kaufs- und Verkaufsrechtes von Wohneigentum; knapp zwei Drittel der Bevölkerung möchten dies auch für Handwerks- und Dienstleistungsbetriebe gewährleistet sehen. Die Übergabe großer Pro-

duktionsbetriebe sowie Unternehmen aus sensiblen Bereichen wie Telekommunikation oder Energieversorgung in private Hände kann sich hingegen nur eine kleine Minderheit vorstellen; die jüngsten Erfahrungen mit der ukrainischen Insider-Privatisierung dürften grundsätzliche Vorbehalte zusätzlich bestätigt haben. Gespalten sind die Ansichten, wenn es um den Agrarsektor geht: eine Hälfte der Bevölkerung stimmt für, die andere gegen den freien Verkauf landwirtschaftlicher Flächen.



Regionale Meinungsunterschiede

Regionale Unterschiede spielen im Vielvölkerstaat Ukraine eine große Rolle. Die Bevölkerung besteht zu drei Vierteln aus Ukrainern, und mit gut einem Fünftel stellen die Russen die größte Minderheit dar, die in den Industriezentren im (Nord-)Osten und Süden des Landes mancherorts zur Mehrheit wird; die agrarisch ausgerichtete Westukraine ist dagegen aufgrund ihrer Geschichte stärker europäisch geprägt. Entsprechend verteidigen die Bewohner der Westukraine und des Zentrums um Kiew deutlich stärker die Souveränität ihres Landes, während im Süden und (Nord-)Osten die meisten Befragten einen Staatenbund mit Russland und Belarus fordern; im Osten plädieren sogar annähernd 40% für eine Restauration der alten Sowjetunion. Im Westen und in der Landesmitte sorgt man sich um einen übermächtigen Einfluss Russlands; in den russischen Hochburgen existieren dagegen Bedenken gegen einen zu starken Nationalismus.

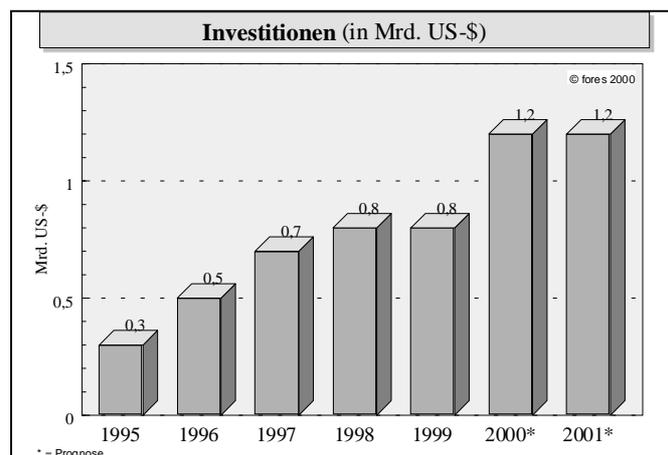
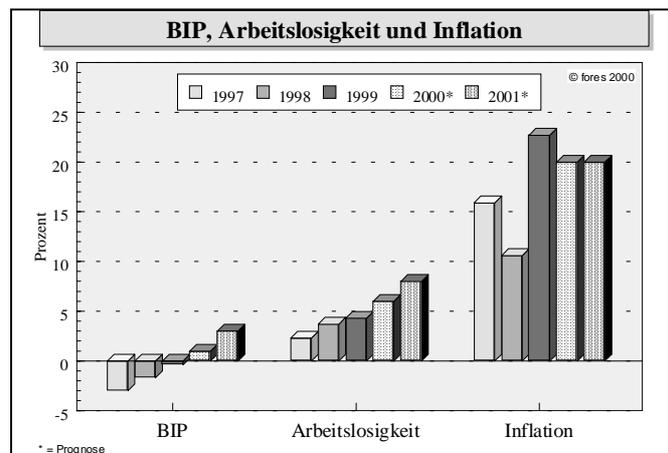


Die derzeitige Wirtschaftslage wie auch die eigene finanzielle Situation werden im Westen durchweg besser, im Süden und Osten hingegen schlechter beurteilt. Die Verunsicherung durch die Marktwirtschaft macht sich daher vornehmlich in den Regionen mit hohem russischen Bevölkerungsanteil breit. Obwohl überall die Unzufriedenheit dominiert, werden Reformprozess und Zukunftsaussichten im Westen deutlich besser bewertet als im Osten. Regi-

onale Unterschiede spiegeln sich auch in den Einstellungen zur Marktwirtschaft wider: während im Nordosten des Landes rund 40% der Bevölkerung in der Marktwirtschaft eine Bedrohung für das Land sehen, lehnen im Westen und in der Region um Kiew etwa 60% diese Ansicht ab. In der Westukraine plädiert sogar eine kleine Mehrheit für einen schnellen Reformverlauf, während der Süden und Osten mehrheitlich einen langsamen Wandel fordern. In der Frage der Privatisierung zeigt sich die Bevölkerung der Westukraine, die unter polnischer und österreichischer Herrschaft durch privatwirtschaftliche Traditionen beeinflusst wurde, deutlich aufgeschlossener, während vor allem im Nordosten starke Vorbehalte existieren.

Das Misstrauen gegen Präsident und Regierung ist in den russisch geprägten Regionen weit verbreitet; die Ablehnung des Parlamentes ist allerdings in allen Landesteilen annähernd gleich hoch. Einzig die Westukrainer vertrauen mehrheitlich dem Präsidenten.

Anders als die Visegrádstaaten und Russland hat die Ukraine den transformationsbedingten Einbruch der Wirtschaftsleistung auch nach zehn Jahren Übergangsprozess noch nicht überwunden; in diesem Jahr wurden real gerade einmal etwa 40% des BIP von 1989 erreicht. Auch wenn sich der wirtschaftliche Niedergang in jüngster Zeit deutlich verlangsamt hat, verhindert der Rückstand im Bereich der strukturellen Reformen eine nachhaltige Erholung der ukrainischen Volkswirtschaft. Der konjunkturelle Silberstreif am Horizont basiert weniger auf marktwirtschaftlichen Strukturreformen der Unternehmen, als vielmehr auf der Abwertung des Hrywna, der durch Importsubstitution die heimische Industrieproduktion anregt, und einer Belebung der Auslandsnachfrage aufgrund der Stabilisierung russischer und asiatischer Märkte. Der industrielle Aufschwung wird aber von weitgehend maroden, ehemals staatlichen Betrieben getragen; nach Abklingen der günstigen Konjunktur dürften sich diese kaum als wettbewerbsfähig erweisen. Die stetig sinkenden Erträge der traditionell bedeutsamen Agrarwirtschaft sind auf wenig effiziente Betriebsgrößen, veraltete Maschinenparks und chronischen Kapitalmangel zurückzuführen; in der ersten Hälfte des Jahres sah sich die ehemalige sowjetische „Kornkammer“ zunehmend zu Getreideimporten gezwungen.



Der späte Beginn der Reformen sowie vielfältige politische Widerstände gegen Umstrukturierungsmaßnahmen haben die Privatisierung über Jahre hinweg verzögert. Im Rahmen der bisherigen „Kleinen“ und „Großen Privatisierung“ wurde lediglich die Gesellschaftsform der Unternehmen verändert, es fand aber kein Austausch des Managements statt. Das Parlament verhinderte mittels „Schwarzer Listen“ den Verkauf strategisch wichtiger Betriebe (Energie, Telekommunikation etc.), die am ehesten private Investoren anlocken könnten. Die neue Re-

gierung hat nun erste Zeichen gesetzt, die auf umfassende und tiefgreifende Reformmaßnahmen hoffen lassen. Anstelle der Voucherprivatisierung sollen nun alle Projekte kapitalgedeckt finanziert werden. Vornehmlich Betriebe aus den Sektoren Energiewirtschaft, Telekommunikation, Bergbau und Metallverarbeitung, Maschinen- und Schiffsbau sowie Chemieindustrie stehen in den kommenden Jahren zur Privatisierung an. Das Regierungsprogramm soll die Privatisierungsprozesse transparenter gestalten, was auch Vertrauen in der Bevölkerung zurückgewinnen könnte. Vorgesehen sind zudem eine effizientere Konkursdurchsetzung bei unprofitablen Betrieben, die Sanierung des Bankenwesens sowie eine Neuordnung der staatlichen Wirtschaftsverwaltung. Die bereits in Angriff genommenen Reformschritte – Konsolidierung des öffentlichen Haushalts, marktkonforme Förderung von Unternehmen, Beschleunigung der Verwaltungsreform – haben die Glaubwürdigkeit der Reformprojekte erhöht und die internationale Verhandlungsposition der Ukraine gestärkt.

Der neue Ministerpräsident Juschtschenko, vormals Präsident der Nationalbank, genießt im Westen Ansehen als Reformpolitiker, und auch seine neue Regierung lässt Hoffnung auf eine konsequente Verfolgung marktwirtschaftlicher Ziele aufkeimen. Erste Erfolge deuten sich bereits in einem Anstieg der Industrieproduktion und der Trendwende im wirtschaftlichen Schrumpfungsprozess an; weitere reformpolitische Strukturveränderungen könnten die Ukraine auf einen moderaten Wachstumskurs bringen.

Eine ausführliche Darstellung der Ergebnisse dieser empirischen Studie, deren Erhebungen im März 2000 durchgeführt wurden, erscheint Anfang November unter

**Wolfgang Franzen, Hans Peter Haarland, Hans-Joachim Niessen:
Transformationsbarometer Osteuropa 2000.**

Schriftenreihe der Forschungsstelle für empirische Sozialökonomik e.V., Band 4
Frankfurt/Main, New York, Campus Verlag 2000; ca. 210 Seiten, zahlreiche Abbildungen
ISBN 3-593-36590-1

Forschungsstelle für empirische Sozialökonomik e.V. ❖ Klosterstr. 1 ❖ D-50931 Köln
Tel. 0221/40 26 48 ❖ Fax 0221/40 70 95
e-mail: fores@uni-koeln.de ❖ internet: www.uni-koeln.de/extern/fores/